

V0698/21

Sicherung des Grundschulstandortes Hundszell, Erweiterung auf 4 Klassen
Anträge der CSU V0637/21 vom 12.07.2021, der Freien Wähler V0664/21 vom 15.07.2021 und
der Freie Demokraten/JU V0638/21 vom 13.07.2021
(Referent: Herr Engert, Herr Hoffmann)

Stadtrat vom 29.07.2021

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion V0637/21, der Ergänzungsantrag der FW-Stadtratsfraktion V0664/21, der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU V0638/21 und der Antrag der Verwaltung V0689/21 werden gemeinsam diskutiert und behandelt.

Stadträtin Hagn verweist auf den Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU zum Erhalt des Grundschulstandorts Hundszell. Eine Erweiterung auf vier Klassen sei als Prüfantrag in der Verwaltungsvorlage enthalten, damit könne man auf jeden Fall mitgehen.

Stadtrat Stachel begrüßt es, dass dem Ansinnen der Bürgerinnen und Bürger in Hundszell entsprochen werde. Der Einsatz von mehreren Stadträten im Bezirksausschuss habe sich gelohnt, gemeinsam sei es gelungen, einen Vorschlag zu erarbeiten. Er spricht allen Beteiligten, besonders Herrn Hoffmann und Herrn Engert, seinen herzlichen Dank aus.

Stadtrat Dr. Schickel schließt sich seinem Vorredner in Bezug auf diese punktuelle Befriedung des Südwestens an. Nichtsdestotrotz sei ein transparentes und nachvollziehbares Gesamtkonzept für die Situation im Südwesten insgesamt erforderlich.

Stadträtin Kürten erkundigt sich nach dem Zustand der sanitären Anlagen, nachdem mehrere Eltern einen Toilettenwagen gefordert hätten.

Herr Hoffmann erläutert, dass die Toiletten nicht in der Vorlage enthalten seien, da es um die Generalsanierung und die Erweiterung gehe. Im BZA habe man aber zugesagt, sich um die Toilettensituation zu kümmern, gestern habe bereits ein Vor-Ort-Termin stattgefunden. Geplant sei eine Durchführung in der Sommerpause.

Stadtrat Stachel erkundigt sich nach dem Umgang mit der Ziffer 3 des FW-Antrags. In der Sitzungsvorlage gehe es nur um den Standort Hundszell, er bitte darum, etwas weiter zu sehen.

Herr Engert führt aus, dass man die Ganztagsbetreuung immer schulbezogen sehen müsse. Nach jetziger Vorstellung sei eine verlängerte Mittagsbetreuung mangels Zuschusses keine Lösung mehr, da dies nach dem gegenwärtigen Gesetzentwurf nicht den Rechtsanspruch auf Mittagsbetreuung erfülle.

Sodann ergeht folgende Beschlussfassung:

Abstimmung über den Antrag der Verwaltung **V0698/21:**

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag genehmigt.

Der Antrag der CSU-Stadtratsfraktion **V0637/21**, der Ergänzungsantrag der FW-Stadtratsfraktion **V0664/21** und der Antrag der Ausschussgemeinschaft FDP/JU **V0638/21** haben sich durch die Beschlussvorlage der Verwaltung erledigt.